

Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksachen 11/3258, 11/3265, 11/3410, 11/3610 –

Entwurf eines Gesetzes zu den Protokollen vom 22. Januar 1988
zum Vertrag vom 22. Januar 1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Französischen Republik
über die deutsch-französische Zusammenarbeit

Bericht der Abgeordneten Dr. Rose, Hoppe, Waltemathe und Frau Vennegerts

Das vorgelegte Vertragsgesetz soll die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes zu den Protokollen vom 22. Januar 1988 zum Vertrag vom 22. Januar 1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit schaffen. Die Protokolle vom 22. Januar 1988 sehen vor, die vereinbarte Zusammenarbeit durch Schaffung eines deutsch-französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrats sowie eines deutsch-französischen Finanz- und Wirtschaftsrates fortzuentwickeln.

Für die Ausstattung des in den Protokollen vorgesehenen Sekretariats des deutsch-französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrates entstehen Personal- und Sachkosten von insgesamt 550 000 DM. Im Zusam-

menhang mit der Einrichtung des Sekretariats sind im Bundeshaushaltsplan 1989 bei Kapitel 05 03 vier neue Personalstellen ausgebracht. Hierfür entstehen jährliche Aufwendungen von 500 000 DM. Für die Sachausgaben des Sekretariats ist im Haushaltsjahr 1989 bei Kapitel 05 02 Titel 686 05 ein Ansatz von 50 000 DM vorgesehen.

Die Mehraufwendungen sind in der Finanzplanung des Bundes 1988 bis 1992 enthalten.

Der Gesetzentwurf ist mit der Haushaltslage des Bundes vereinbar.

Dieser Bericht beruht auf der vom federführenden Auswärtigen Ausschuß vorgelegten Beschlußempfehlung.

Berlin, den 1. Dezember 1988

Der Haushaltsausschuß

Walther	Dr. Rose	Hoppe	Waltemathe	Frau Vennegerts
Vorsitzender	Berichterstatter			

